

Parlamentarischer Vorstoss

2023/498

Geschäftstyp:	Motion
Titel:	Stopp den Prämienanstieg – Fiasko Spitalinfrastrukturen frühzeitig abwenden
Urheber/in:	FDP-Fraktion
Zuständig:	Saskia Schenker
Mitunterzeichnet von:	Dürr
Eingereicht am:	14. September 2023
Dringlichkeit:	—

Die Entwicklung der Gesundheitskosten und damit die Prämienbelastung für die Versicherten steigt ungebrochen. Im Kanton Aargau stimmte der Grosse Rat im Mai 2023 zähneknirschend dem Rettungskredit von 240 Millionen Franken für das Kantonsspital Aarau zu. Dem Spital musste zusätzlich zu den schon hohen Gesundheitskosten mit weiteren Steuergeldern mehr Zeit gekauft werden, um die dringend nötigen Reformen im Kanton angehen zu können. Auch in St. Gallen mussten die Spitalverbände für das Jahr 2022 ein grosses Minus bekanntgeben.

Die Entwicklungen, die im Gesundheitswesen schon lange absehbar waren, werden nun in verschiedenen Kantonen zur Realität: Die Ambulantisierung schreitet voran. Statt diese jedoch zu antizipieren und die Spitalstrukturen entsprechend anzupassen, findet ein Aufrüsten und Verdrängungswettbewerb mit Hochhalten der Anzahl Spitalbetten statt. Das verteuert die Gesundheitsversorgung, statt, dass – wo sinnvoll – mittels der Ambulantisierung mehr Effizienz und kostengünstige Strukturen gefördert wird. Die Kantone als Eigner der öffentlich-rechtlichen Spitäler haben die Verantwortung, sicherzustellen, dass sich die heutigen Spitalstrukturen den Entwicklungen in der Gesundheitsversorgung anpassen - Stichwort «Umbau der Spitallandschaft». Ebenso haben die Kantone als Eigner der öffentlich-rechtlichen Spitäler die Verantwortung, dass sie diese nicht aufgrund von verpassten Weiterentwicklungen und Entscheiden mit zusätzlichen finanziellen Mitteln der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler alimentieren müssen.

Wir fordern den Regierungsrat deshalb auf, den Umbau der Spitallandschaft «stationär zu ambulant» im Kanton Baselland und innerhalb der Gesundheitsregion mit Basel-Stadt voranzutreiben, so dass effizientere, kostengünstigere Strukturen entstehen und das Prämienwachstum gedämpft werden kann.
